

# Streik bei Ämtern, Müllabfuhr, Kitas

Neben den Entsorgungsbetrieben will Verdi am Montag auch Kitas, die Ferienbetreuung und den Sportbetrieb bestreiken. Vielleicht muss auch wieder das Rathaus schließen

Von Janet Lindgens

Die nächste Warnstreikwelle im öffentlichen Dienst am kommenden Montag könnte erhebliche Auswirkungen auf den städtischen Verwaltungsbetrieb in Essen haben. Davor warnt die Stadtverwaltung. Sie schließt nicht aus, dass am Montag das Rathaus und weitere Ämter und Dienststellen ganz geschlossen bleiben müssen. Den Bürgern werde daher geraten, aufschiebende städtische Dienstleistungen möglichst an anderen Tagen in Anspruch zu nehmen. Für die Bürger besonders spürbar wird der komplette Ausfall der Müllabfuhr am Montag sein. Nachgeholt wird die Leerung nicht.

## Ferienbetreuung im offenen Ganztag fällt aus

Die Gewerkschaft hat für Montag tausende Beschäftigte im öffentlichen Dienst in Essen zu einem ganztägigen Warnstreik aufgerufen. Die Auswirkungen dürften auch wieder in den städtischen Kitas zu spüren sein, so die Stadt. Eltern würden aber zeitnah von den jeweiligen Einrichtungen informiert, ob eine Betreuung stattfinden kann. Die Situation ist in Corona-Zeiten verschärft, da keine Notgruppen ge-



Demonstrierende Mitarbeiter des öffentlichen Dienstes werden am Montag von der Innenstadt zur Messe ziehen.

FOTO: ANDRE HIRTZ / FFS

bildet werden dürfen. Fest steht, dass die von der Stadt angebotene Ferienbetreuung des Offenen Ganztags an Grundschulen am Montag nicht angeboten wird. Sie startet somit erst ab Dienstag, 13. Oktober.

An 16 Schulstandorten gibt es während der Herbstferien für Kinder und Jugendliche auch andere Ferienprogramme, die von den Ver-

bänden und nicht-städtischen Trägern veranstaltet werden. Diese sollen trotz Streik voraussichtlich am Montag stattfinden. Die Stadt Essen will versuchen, an diesen Standorten den Zugang zu den Schulgebäuden sicherzustellen. Falls es doch zu Ausfällen kommen muss, würden die Eltern der betroffenen Kinder rechtzeitig informiert, heißt es.

Geschlossen bleibt dagegen die Volkshochschule am Montag. Alle Veranstaltungen der VHS fallen damit an dem Tag aus. Über Nachholtermine werde in den Kursen informiert.

Der Warnstreik könne darüber hinaus auch Auswirkungen auf Öffnungszeiten von Bädern und Sportanlagen haben, so die Stadt abschließend.

Vom Warnstreik betroffen ist nicht nur die Stadtverwaltung.

Auch die Mitarbeiter bei der EBE, der Sparkasse, im Alfried-Krupp Krankenhaus, in der LVR- und Ruhrland-Klinik, bei der GSE Gesellschaft für soziale Dienstleistungen Essen, vom Ruhrverband, Emshergenossenschaft, der Agentur für Arbeit, der Deutschen Rentenversicherung, Minijobzentrale, der Jugendhilfe, Jugendberufshilfe sind zur Arbeitsniederlegung aufgerufen.

Autofahrer müssen am Montag zudem im Berufsverkehr mit erheblichen Verkehrsbeschränkungen im Stadtgebiet rechnen. Denn Verdi plant insgesamt sieben Demonstrationzüge. Unter anderem vom Rathaus und dem Willy-Brandt-Platz aus werden die Demonstrationsteilnehmer ab 7.30 Uhr zum zentralen Kundgebungsplatz an der Messe Essen ziehen. Dort beginnt circa 9.45 Uhr die zentrale Kundgebung.

## Polizei kündigt umfangreiche Verkehrsmaßnahmen an

Die Polizei kündigt insbesondere im Bereich des Stadtkerns, des Hauptbahnhofs, südlich des Hauptbahnhofs sowie in Rüttenscheid „zeitweise aber umfangreiche Verkehrsmaßnahmen“ an, damit die Aufzüge sicher durch das Stadtgebiet laufen könnten.

Das Hygienekonzept bei der Demo sieht vor, dass Zehner-Gruppen in jeweils drei Metern Abstand laufen. „Allein das führt zu längeren Zügen und dadurch zu mehr Beeinträchtigungen“, erklärte die Verdi-Geschäftsführerin Henrike Eickholt. Auch auf dem Messeparkplatz würde auf viel Abstand geachtet. „Wir tun alles, damit unsere Kollegen sicher sind“, betonte Eickholt.

## Was Verdi in der Tarifrunde fordert

■ **Verdi** fordert u. a. für die Beschäftigten im öffentlichen Dienst von Bund und Kommunen eine Anhebung der Einkommen um 4,8 Prozent bzw. einen Mindestbetrag von 150 Euro monatlich bei einer Laufzeit von zwölf

Monaten. Die Ausbildungsvergütungen sollen um 100 Euro monatlich angehoben werden.

■ **In Essen** sind im öffentlichen Dienst 22.000 Menschen beschäftigt.